

Federführung:
43 - Kultur und Weiterbildung
Produkt:
43.07 Museen

Datum:
14.09.2021

Beratungsfolge:	Sitzungsdatum:	
Ausschuss für Kultur, Schule und Sport	29.09.2021	Vorberatung
Rat der Stadt Coesfeld		Entscheidung

Antrag des Puppen- und Spielzeugmuseum e.V. auf Übernahme einer städtischen Ausfallbürgschaft

Beschlussvorschlag (s. Vorlage 348/2019):

Bei Anwendung der in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule und Sport (KSS) am 10. September 2019 beschlossenen Kriterien zur Übernahme von Museen/Sammlungen (Vorlage 218/2019) kann eine „Ausfallbürgschaft“ oder die Übernahme der Trägerschaft des hiesigen Puppen- und Spielzeugmuseums dem Trägerverein nicht in Aussicht gestellt werden.

Sachverhalt:

Überblick über den bisherigen Entscheidungsfindungsprozess

Die Vorlagen 348/2019 und 336/2020 behandeln die bisherigen Überlegungen zum Antrag auf städtische Übernahme des Puppen- und Spielzeugmuseums. Der Entscheidungsfindungsprozess durchlief bislang folgende Schritte:

1. Der Rat hat 2013 in den einzelnen Aufgabenbereichen strategische Grundlinien festgelegt für eine zielorientierte Steuerung bei verantwortlichem Ressourceneinsatz. Auf dieser Grundlage hat die Verwaltung Kriterien erarbeitet, die eine jeweilige individuelle Prüfung ermöglichen, wenn die Übernahme von Sammlungen und/oder Museen angeboten werden. In der Vorlage 218/2019 werden die Kriterien benannt. Sie wurden in der Sitzung des Kulturausschusses am 10. September 2019 einstimmig verabschiedet.
2. Diese Kriterien wurden erstmalig auf den Antrag des Puppen- und Spielzeugmuseums angewendet. Unter Anwendung der Kriterien ist die Übernahme der Sammlung nicht zu empfehlen. Damit war der Auftrag der Ratsgremien an die Verwaltung zur Einordnung und fachlichen Bewertung des Antrages erfüllt.
3. Die Ratsgremien haben sich aufgrund der großen Wertschätzung für die Arbeit des Vereins und des persönlichen Engagements der Angelegenheit weitergehend intensiv angenommen. Daher wurde eine Entscheidung über den Vorschlag der Verwaltung zunächst ausgesetzt, um ergebnisoffen im Gespräch mit dem Vorstand weitere Optionen zu klären. Auf Antrag der CDU-

Fraktion wurde deswegen in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule und Sport vom 20. Februar 2020 folgender Beschluss einstimmig getroffen:

„Aus den Reihen der Fraktionen wird jeweils ein Vertreter an einen „Runden Tisch“ gesandt, an dem gemeinsam mit den Eheleuten Langehanenberg und der Verwaltung, vertreten durch Frau Dr. Boland-Theißen und Frau Dr. Sievers-Fleer, ergebnisoffen Möglichkeiten der Unterstützung des Puppen- und Spielzeugmuseums diskutiert werden.“

An dem ersten Treffen des „Runden Tisches“ am 23. Juni 2020 nahmen teil: Herr Musholt, Herr Bouhari, Frau Häck, Frau Nawrocki, Frau Potthoff und Herr Volmer. Mit Ausnahme von Herrn Bouhari trafen sich die Teilnehmenden zu einem zweiten Gespräch am 8. September 2020. Das dritte Treffen des „Runden Tisches“ erfolgte am 24. März 2021. Statt Frau Potthoff nahm Frau Albertz als neue Vertreterin für die Grünen teil.

Vertreten waren seitens des Vereins das Ehepaar Langehanenberg und beim dritten Treffen zusätzlich Frau Busemann-Holters und Frau Wiedau. Seitens der Fachstelle in der Verwaltung waren Dr. Boland-Theißen und Dr. Sievers-Fleer Teilnehmende des „Runden Tisches“. Mit coronabedingten Unterbrechungen hat der „Runde Tisch“ dreimal getagt. Über die Zwischenstände wurde in den Sitzungen des Ausschusses für Kultur, Schule und Sport informiert. Ausführlich wurde in den Besprechungen der Wunsch nach einer ehrenamtlichen Weiterführung des Museums erörtert. Letztlich erklärte der Verein, dass er dies für nicht durchführbar hält.

Damit wurden die Möglichkeiten ausgelotet und der Prozess ist nun an einem Punkt, an dem die ausgesetzte Entscheidung wieder aufzugreifen ist. Der „Runde Tisch“ stellt fest, dass aus Sicht des Vereinsvorstandes die einzige Möglichkeit der Fortführung des Museums in einer städtischen Trägerschaft liegt.

Bereits im Vorfeld und dann erneut im Verlauf der Beratungen des „Runden Tisches“ hat Frau Langehanenberg bei einer städtischen Übernahme die Schenkung ihrer Sammlungsanteile an die Stadt Coesfeld in Aussicht gestellt, wenn das Museum adäquat weitergeführt würde. In der dritten Sitzung des „Runden Tisches“ haben die Ratsmitglieder deutlich gemacht, dass im Falle einer städtischen Trägerschaft alle Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Sammlung und der Ausstellung an die Stadt übergehen müssten. Um zu klären, ob eine adäquate Fortführung des Museums mit Auflagen bei einer möglichen Schenkung von Frau Langehanenberg verbunden wäre und zur Vorbereitung der notwendigen rechtlichen Klärungen Frau Langehanenberg mit Schreiben vom 15. Juli 2021 gebeten, ihre Schenkungsabsicht erneut schriftlich zu bestätigen.

Sie erklärte im Antwortschreiben vom 31. August 2021:

„Die Schenkung werde ich nicht mit Auflagen verbinden, allerdings erwarte ich, dass die Sammlung nicht auseinandergerissen wird und weiterhin als Museum wie bisher der Öffentlichkeit zugänglich sein muss. Ob das Museum eigenständig bleibt oder als Dependence von der Stadt weitergeführt wird, bleibt der Stadt überlassen.“

Auf telefonische Rückfrage von Frau Dr. Sievers-Fleer erklärte Frau Langehanenberg am 3. September 2021, dass sie nicht die Sammlung, sondern die existierende Dauerausstellung meinte. Ihre Erwartungen hinsichtlich der Zugänglichkeit des Museums bezieht sich auf die bisherigen Öffnungszeiten von neun Stunden pro Woche, die sie als Minimum bewertet.

Ebenfalls wurde mit einem Schreiben vom 15. Juli 2021 der Vorstand als rechtlicher Vertreter des Vereins gebeten, verbindlich mitzuteilen, ob es seine Absicht ist, das Museum vorbehaltlos in die städtische Trägerschaft zu übergeben oder ob es doch noch Chancen auf eine Fortführung in ehrenamtlicher Trägerschaft geben könnte.

Mit dem Schreiben vom 3. August teilte der Vereinsvorstand mit, dass die Übertragung der Vermögenswerte von der Mitgliederversammlung bewilligt werden müsste. Der Vereinsvorstand

sei sich aber sicher, „*dass die Mitgliederversammlung bei Übernahme des Museums durch die Stadt mehrheitlich dafür stimmen wird*“. Außerdem teilte der Vorstand mit, dass „*sich zwischenzeitlich keine neuen Perspektiven für eine Fortführung in ehrenamtlicher Trägerschaft ergeben*“ hätten.

Die Verwaltung verweist für die weitere Beratung auf ihren Beschlussvorschlag aus der Vorlage 348/2019. Die in der Vorlage 348/2019 genannten Kosten werden wie folgt aktualisiert:

Die in der Vorlage angenommene Übergangszeit von ca. zwei bis drei Jahren wurde von den teilnehmenden Ratsmitgliedern des „Runden Tisches“ als nicht sinnvoll eingestuft. Aus diesem Grund müsste bei Übernahme in städtische Trägerschaft sofort eine Vollzeitstelle (TVöD 11) eingerichtet werden. Die ursprünglichen Kalkulationen haben für diese Übergangsphase zunächst jedoch eine 50 % Stelle vorgesehen. Unmittelbar damit zusammenhängende Folgekosten ergeben sich z. B. durch eine weitere Lizenz für die Sammlungsdatenbank. Es müssen zusätzliche Aufwandsentschädigungen für die durch Ehrenamtliche geleistete Öffnungszeiten des Museums und auch für die Kontrolle der Depotfläche bereitgestellt werden. Kosten für Werbematerialien, Erhöhung der städtischen Ausstellungsversicherung, ggf. notwendige Restaurierungsmaßnahmen u.ä. müssten ebenfalls in den städtischen Haushalt aufgenommen werden.

Für die reine Fortführung des aktuellen Ausstellungsbetriebes ist damit dauerhaft eine jährliche Erhöhung der Haushaltsmittel für die städtischen Museen in Höhe von ca. **110.000 Euro** notwendig.

Sollten die Öffnungszeiten und die Pflege des Depots dauerhaft nicht ehrenamtlich ermöglicht werden können, müssen zusätzliche Personalkosten in den Haushalt eingestellt werden.

Wie bereits in der Vorlage 348/2019 hinlänglich erläutert, verändern sich die Ansprüche an das Museum durch die städtische Trägerschaft zwangsläufig. Mittelfristig ist eine Modernisierung der Dauerausstellung notwendig. Die Realisierungskosten werden sich nach aktuellem Stand und auf der Basis der Erfahrungen im Walkenbrückentor auf ca. 200.000 Euro belaufen. Neben der aktuell abgebildeten Alltagsgeschichte eignet sich ein Puppen- und Spielzeugmuseum auch museumspädagogisch hervorragend um bspw. den Wandel der Geschlechterrollen seit der Mitte des 20. Jahrhunderts und auch die voranschreitende Digitalisierung museal aufzubereiten. Eine inhaltliche und thematische Modernisierung würde eine Erweiterung der Sammlung und damit auch der städtischen Depotfläche notwendig machen. In welchem Rahmen dafür weitere finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden können, müsste bei einer städtischen Übernahme noch beraten werden.

Die Beratungen des „Runden Tisches“ haben deutlich gemacht, dass eine städtische Unterstützung des hiesigen Puppen- und Spielzeugmuseums nur in einer Übernahme der Trägerschaft bestehen kann. Aus diesem Grund wird die ausgesetzte Entscheidung nun erneut zur Abstimmung gestellt.